

Newsletter des Europainstituts Basel, seines Fördervereins und seiner Alumni Association

Europainstitut Basel, Gellertstrasse 27, 4020 Basel, Tel: 061 317 97 67, www.europa.unibas.ch



Lissabon und die Europäische Aussenpolitik

Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaften, Europainstitut der Universität Basel

Nach dem politischen und medialen Wirbel, den der gescheiterte Verfassungsvertrag ausgelöst hatte, ist im Dezember 2009 der Lissaboner Vertrag fast unbemerkt in Kraft getreten. Dieser Vertrag nennt sich nicht mehr Verfassung, und einige wesentliche ursprünglich vorgesehene Reformen, etwa was die Zusammensetzung der Kommission betrifft, wurden in letzter Minute vom Europäischen Rat rückgängig gemacht. Trotzdem beinhaltet der Lissaboner Vertrag einige signifikante institutionelle Weiterentwicklungen. Diese betreffen insbesondere den Aussenaustritt der Union. So gibt es neu, neben der nach wie vor halbjährlich rotierenden Ratspräsidentschaft, ein ständiges Präsidium des Europäischen Rates, also desjenigen Gremiums, in welchem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sitzen. Für jeweils zweieinhalb Jahre, also eine halbe Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes, besitzt die Union einen professionellen Präsidenten auf strategischer Stufe. Weiter wurde die Funktion derjenigen Person, welche die Union auf operationeller politischer Stufe nach aussen vertrat, also des sogenannten „hohen Vertreters“, aufgewertet. Die Nachfolgerin von Javier Solana, Baroness Catherine Ashton, ist nicht mehr nur vom Ministerrat beauftragt, sondern leitet zugleich als Vize-Kommissionspräsidentin die entsprechenden Dienste der Europäischen Kommission. Zudem leitet die neue „hohe Vertreterin“ auch die aussenpolitischen Treffen des Ministerrates. Schliesslich wurde noch beschlos-

sen, einen europäischen auswärtigen Dienst einzurichten. Dieser wird die bisherigen Verwaltungsteile des Ratssekretariates und der Kommission, wozu auch das Netz der Aussenvertretungen gehört, zusammenführen. Noch offen ist, ob dieser Dienst auch eine Generaldirektion für Friedensförderung und Krisenmanagement umfassen wird.

Diese drei institutionellen Neuerungen bilden seit dem mit dem Maastrichter Vertrag 1993 begründeten Unionsvertrag die grösste Reform der EU im Bereich der Aussen- und Sicherheitspolitik. Allerdings sind institutionelle Verschiebungen nicht mit politischen Gewichtverschiebungen gleichzusetzen. So wurde in der laufenden spanischen Präsidentschaft deutlich, dass das jeweilige Vorsitzland des Ministerrates aussenpolitische Highlights, wie etwa die Beziehungspflege mit dem US-Präsidenten, immer noch für sich beansprucht. Damit verbunden ist der Wunsch, als wichtig empfundene internationale Zusammenkünfte im eigenen Land stattfinden zu lassen. Dieses Spannungsfeld zwischen Mitgliedsändern und EU-Institutionen ist in Bezug auf grössere Mitgliedstaaten, zu denen Spanien gehört, erfahrungsgemäss ausgeprägter. Auch werden sich mit dem neu zu bildenden europäischen auswärtigen Dienst die Kohärenz- und Effizienzprobleme der Aussenpolitik der EU nicht von heute auf morgen in Luft auflösen. Zurzeit ringt die „hohe Beauftragte“ mit den Mitgliedstaaten um die Zusammensetzung dieses

Dienstes. Diese Probleme bedeuten aber umgekehrt auch nicht, dass die entsprechenden Reformen wirkungslos bleiben werden: Die aussen- und sicherheitspolitische Dimension der EU hat sich gegenüber der restlichen Integration stets harziger und verzögert entwickelt. Aussen- und Sicherheitspolitik ist im Vergleich zu anderen Politikfeldern weniger büro- und technokratisiert. Die Modifikation von Abläufen schafft noch keine gemeinsame aussen- und sicherheitspolitische Identität der Mitgliedstaaten. Jedoch können institutionelle Veränderungen entsprechende politische Veränderungsprozesse begünstigen.

Somit waren die Mitgliedstaaten mit dem Lissaboner Vertrag doch bereit, erhebliche integrationsstärkende Momente in einem Politikfeld zuzulassen, das zum Kernbestand nationaler Souveränität gezählt wird. Diese Refor-



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

men behalten für die Mitgliedstaaten die Herausforderung, dem vertraglichen Entwicklungsmut einen politischen Grossmut folgen zu lassen, um den neuen institutionellen Strukturen Leben einzuhauchen. Für grössere Mitgliedstaaten verbindet sich damit die Chance, ihrer global gesehen kontinuierlich

ierlich sinkenden relativen Bedeutung durch eine gestärkte europäische Rolle und Identität erneuten Glanz zu verleihen. Kleinere Mitgliedstaaten sehen in der EU schon seit langem die Möglichkeit, ihren aussen- und sicherheitspolitischen Werten weltweit mehr Einfluss zu verleihen. Davon profitieren,

nebenbei gesagt, sogar europäische Nichtmitgliedstaaten. Somit stehen die Chancen insgesamt nicht schlecht, dass mit einigen Jahren Rückblick Lissabon als weiterer Meilenstein in der Entwicklung einer europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik gewertet werden wird.

Wahlen in der Ukraine



Wahlen in der Ukraine

Michael Kiefer, Wahlbeobachter der OSZE und ehemaliger Student am Europainstitut Basel

Die Ukraine hat diesen Februar einen neuen Präsidenten gewählt. Und zwar auf demokratische Art und Weise. Trotzdem steht noch gar nichts fest. Als OSZE Beobachter hatte ich die Möglichkeit die Wahlen hautnah miterleben.

Der neue Präsident der Ukraine wird der jetzige Oppositionsführer Viktor Janukowitsch. Er ist derjenige, der vor fünf Jahren die Wahlen zu fälschen versuchte und schlussendlich nur dank monatelangen Strassen-Protesten daran gehindert werden konnte das Präsidentenamt zu ergattern. Ihm unterlag in der Stichwahl die amtierende Ministerpräsidentin Julija Timoschenko. Sie ist diejenige, die vor fünf Jahren für „Demokratie und Freiheit“ einstand und der „Orangen Revolution“ und der Wahl Juschtschenkos zum entscheidenden Erfolg verhalf. Doch das ist Geschichte. Die amtierende Ministerpräsidentin hat das Wahlergebnis, welches von den internationalen Wahlbeobachtern einhellig als professionell, transparent und ehrlich und den internationalen Standards entsprechend bezeichnet wurde, bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht anerkannt. Sie wirft ihrem Kontrahenten erneute massive Wahlfälschungen vor und hatte ihm schon im Verlauf des hitzigen Wahlkampfes mehrmals mit einer erneuten Orangen

Revolution gedroht. Doch zu sehr sind die Ukrainer von der herrschenden Politik-Elite, besonders von Juschtschenko und Timoschenko, enttäuscht. Diesmal vermochte niemand mehr auf die Strasse zu gehen um für die Orangen zu demonstrieren. Dagegen waren die Anhänger von Janukowitsch, die Blauen, an allen strategischen Orten in der Stadt positioniert und sichtbar. Mit Bussen hatte er schon Tage vor der ersten Runde sogenannte „Berufsdemonstranten“ aus dem russischsprachigen Osten des Landes in die Hauptstadt gekarrt. Die „erwärmten“ Kameraden schlugen gegen ein bescheidenes Entgelt ihre blauen Zeltchen auf und trotzten über Wochen beharrlich Temperaturen von bis zu minus 20 Grad. Die Strategie scheint nun aber aufgegangen zu sein. Sogar in Schweizer Zeitungen waren Fotos von den blauen „Demonstranten“ zu sehen.

Überhaupt hat sich Janukowitsch im Wahlkampf nie richtig verunsichern lassen. Um Peinlichkeiten zu vermeiden, wurden seine öffentlichen Auftritte auf ein Minimum beschränkt und wenn es welche gab, dann las er schön brav einen ukrainischen Text von seinem Blatt ab. Auf Timoschenkos Forderung, sich doch bitte mit ihr in einem Fernseh-Duell zu messen, ging der rhetorisch etwas ungeschickte An-

führer der „Partei der Regionen“ schon gar nicht ein. Im Gegenteil, er konnte in aller Ruhe zusehen wie sich die Ministerpräsidentin Timoschenko und der Präsident Juschtschenko, die einstigen Weggefährten der „Orangen Revolution“, gegenseitig zerfleischten und sich die Schuld für die momentane Wirtschaftskrise in die Schuhe zu schieben versuchten. Während sich die beiden die letzten fünf Jahre aufs äusserste bekämpften und politisch blockierten wo es auch nur ging und deswegen zum grossen Teil die politische Stagnation der Ukraine zu verantworten haben, hat Janukowitsch feinsäuberlich an seinem Image gearbeitet. Mit Erfolg. Anders noch als in 2004 ist heute selbst in den westlichen Medien nicht mehr ganz klar wer gut und wer böse ist. So zum Beispiel pflegt Timoschenko sehr enge Beziehungen zu Russland und man hatte mehrere Male den Eindruck, Putin wünschte sich lieber sie als zukünftige Präsidentin der Ukraine. Auf der anderen Seite ist der EU-Beitritt mittlerweile das Ziel aller Parteien, einschliesslich der Partei Janukowitschs. Die EU hatte sich letztes Jahr allerdings aufgrund des fehlenden Reformwillens der jetzigen ukrainischen Regierung erneut geweigert die langersehnte Mitgliedsperspektive auszusprechen. Wie gesagt, in der Ukraine steht noch gar nichts fest.



„Generationenwechsel“ beim Alumni-Vorstand

Philipp Jordi, Vorstandsmitglied des Fördervereins und der Alumni des Europainstituts

An der ausserordentlichen Generalversammlung der Alumni Association des Europainstituts Basel vom 28. Januar 2010 standen zwei bedeutende Traktanden zur Diskussion. Zum einen ging es um den Beitritt der EIB Alumnis zu Alumni Basel, der Ehemaligenvereinigung der Universität Basel, zum anderen darum, wer im Vorstand diesen Beitritt vorbereiten soll. Frau Bettina Volz stellte das breite Angebot von Alumni Basel vor, welche eine Doppelfunktion als Direktmitgliederorganisation sowie als Dachorganisation für die fakultären Alumniorganisationen (z.B. Wirtschaft, Jurisprudenz, Medizin) wahrnimmt. Die Mitglieder von Alumni Basel profitieren u.a. von Alumni-Netzwerk mittels

„who-is-who“ Datenbank, aber auch von Vergünstigungen und einem zahlreichen Angeboten an verschiedenen Anlässen. Der Vorstand der EIB Alumnis wurde beauftragt, bis im Frühling die Möglichkeit des Beitritts zu Alumni Basel genauer zu überprüfen und den Mitgliedern ein Positionspapier zu unterbreiten.

Nachdem der bisherige Vorstand der EIB Alumnis, Ariane Schnüriger, Stefan Baum und Theodor Häner in den letzten Jahren das Netzwerk der Absolventen/innen des Europainstituts erfolgreich aufbauen konnte, wollte er diese Aufgabe einer jüngeren Generation an EIB Absolventen/innen über-

tragen. Für diese Aufgabe stellten sich Absolventen/-innen der letzten beiden MAES-Jahrgänge zu Verfügung, nämlich Ausra Liepinyte (Kassiererin), Catherine Thommen (Vizepräsidentin), Timur Acemoglu (Aktuar) sowie Philipp Jordi (Präsident), welche einstimmig in diese Ämter gewählt wurden. Dem abtretenden Vorstand, der während dem letzten Jahrzehnt aktiv den Kontakt zwischen den Absolventen/-innen des EIB förderte, wurde im Namen aller Mitglieder gedankt. Anschliessend ging es zum gemütlichen Teil über, an dem sich die Alumnis vom ersten bis zum letzten Jahrgang beim Apéro über ihr Studium und ihren anschliessenden Werdegang austauschen konnten.

Besuch bei der WTO und der UNO in Genf



Wie bereits im letzten Jahr hat das Europainstitut auch 2010 für die Studierenden des MAS und des MA eine Tagesexkursion nach Genf angeboten. Mit dabei waren 6 Studierende des MA- und 9 Studierende des MAS-Lehrganges vom aktuellen Jahr, sowie zwei Ehemalige. Angeführt von Lukas Mohler, Assistent Wirtschaftswissenschaften am EIB, wurden den Teilnehmern nach strengem Sicherheitscheck einige Grundlagen der WTO näher gebracht, bevor dann Nicholas Niggli, stellvertretender Leiter der Schweizer Mission bei der WTO, für die Fragen der Teilnehmer zur Verfügung stand - und zudem einiges Insiderwissen zu verbreiten wusste. Er ermöglichte anschliessend auch einen interessanten Einblick in die grossen Verhandlungsräume der WTO; etwas, das anderen Besuchern sonst versperrt bleibt.

Nach einem kurzen Fotostopp auf dem Place des Nations und einer kurzen Stärkung im Gebäude des Internationalen Roten Kreuzes wurde denjenigen Teilnehmenden, die es durch die Metalldetektoren geschafft hatten, das System und die Geschichte der UNO während einer Führung erläutert, wobei auch kritische Fragen durchaus Gehör fanden. Müde von den vielen Facts und Figures aber gleichwohl zufrieden, wendeten sich dann im Anschluss einige der Teilnehmer dem ebenso interessanten Genfer Nachtleben zu.

Lukas Mohler

Aufruf zur Teilnahme am 550-Jahr-Jubiläum der Universität Basel

Die Universität Basel feiert dieses Jahr ihr 550-Jahr-Jubiläum. Jedes Institut beteiligt sich und das Europainstitut gleich zweifach: Einerseits nehmen wir teil an der Wanderausstellung, an der sich die Institute der Öffentlichkeit präsentieren, und andererseits möchten wir von April bis Sept. ihm Rahmen einer kleinen Ausstellung im Park des EIB zum Thema „Basel-Europa: Wechselbeziehungen im Wandel der Zeit“ interessierten BesucherInnen, Europa und die Studiengänge MA und MAS näher vorstellen.

Wir freuen uns über Freiwillige, die an der Wanderausstellung der Universität Basel das Europainstitut resp. die Studiengänge MAS/MA vertreten möchten und den BesucherInnen aus der breiten Bevölkerung das Thema aus eigener Erfahrung etwas näher bringen möchten: Wir suchen mind. 10 Freiwillige, die an einem der öffentlichen Events gerne an unserem Info-Stand mitmachen würden. Es gibt eine kurze Einführung zu den 3 Ausstellungstafeln vorab, Reisekostenerstattung, Verpflegungs- sowie ein kl. Taschengeld als Dankeschön und die Aussicht auf spannende Begegnungen und das Vergnügen „dabei gewesen zu sein“.

Die Eckdaten: Präsenzzeiten: Sa 10-18 bzw. So 11-17 Uhr; an einem (oder mehreren) der folgenden Orte & Termine der Wanderausstellung:

- 1) Eröffnung des Jubiläumsjahres in Liestal/Basel-Land (17. & 18. April)
- 2) in Porrentruy/Jura (8. Mai)
- 3) Solothurn/Kanton Solothurn (29. Mai)
- 4) Aarau/Kanton Aargau (28. August)
- 5) Höhepunkt & Abschluss am Fest der Wissenschaften in Basel auf dem Petersplatz beim Kollegiengebäude der Universität Basel (17./18./19. September)

Für Anmeldungen und Rückfragen: tanja.popovic@unibas.ch, Assistentin.

Neue Mitarbeiterin



Myra Posluschny-Treuner

Mit Frau Myra Posluschny-Treuner zählt der Fachbereich Politikwissenschaft seit dem 1. März eine neue Mitarbeiterin: Frau Posluschny-Treuner hat in Cambridge (UK) und Freiburg i.Br. Betriebswirtschaft und Politikwissenschaft studiert und mit dem Master abgeschlossen. Zurzeit absolviert sie den MAS am EIB. Sie wird zusammen mit Prof. Laurent Goetschel um die Vorbereitung und Durchführung einer für Januar 2011 in Basel geplanten Konferenz der politologischen Vereinigungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zum Thema „politische Integration“ besorgt sein.

Veranstaltungen

Europakolloquium

Do., 16. April 2010, 18.15 Uhr

„Was aus Europas Vergangenheit präsent behalten?“

Referent: Adolf Muschg, Schweizer Schriftsteller.

Ort: Kollegienhaus der Universität Basel, Hörsaal 118, Petersplatz.

Europakolloquium

Do., 6. Mai 2010, 18.15 Uhr

„Aus der Praxis der EU-Aussenpolitik“

Referent: Dr. Axel Berg, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz.

Ort: Europainstitut der Universität Basel, Gellertstrasse 27.

Vortragsreihe

März/April 2010, jeweils mittwochs, 18.15 - 19.30 Uhr

Europa in der Welt - Eine interdisziplinäre Vortragsreihe des Europainstituts

Weitere Informationen auf: www.europa.unibas.ch

Ort: Kollegienhaus der Universität Basel, und Vesalanium.